

Y-Gegner treffen sich mit Bahn

Burgdorfs Rat hat Resolution beschlossen, Wedemark berät sie, Burgwedel noch nicht

Bürgerinitiativen gegen die Y-Trasse bereiten sich auf das nächste Treffen mit der Deutschen Bahn (DB) vor. Am Freitag, 9. November, werden sie in Hannover Neues zum Planungsstand erfahren. Mittlerweile drängen auch Kommunalpolitiker auf direkten Dialog.

VON URSULA KALLENBACH

WEDEMARK/BURGWEDEL/HANNOVER. In dem sogenannten Werkstattgespräch sollen die vier Bürgerinitiativen (BIs) entlang der geplanten Y-Trasse zwischen Hannover, Hamburg und Bremen vorab erfahren, was Bahnchef Rüdiger Grube ihnen am 30. November

in Hünzingen als neue Überlegungen zum „Y“ vorstellen wird. Dort hatte der Vorstandsvorsitzende der Bahn AG beim ersten Treffen im Juli den weiteren direkten Dialog zugesagt.

„In dem Werkstattgespräch mit Johann Lünemann von der DB Netz AG Regionalbereich Nord haben wir Gelegenheit, die neuen Positionen kennenzulernen und uns auf die spätere Diskussion vorzubereiten“, sagte gestern Christoph Chilla von der Wedemärker BI „Bürger für eine lebenswerte Wedemark“ (BIW). Anfang 2013 werde die Bahn dann ihr möglicherweise gänzlich neues Konzept zur Bewältigung des Ha-

fenhinterlandverkehrs öffentlich vorstellen. „Wir sind sicher, dass in unseren Gesprächen mit der Bahn besonders der Lärmschutz an bestehenden Strecken eine wichtige Rolle spielen wird“, erläuterte als Sprecher für die vier BIs Dirk Eberle. Auch müssten die Auswirkungen auf Natur und Menschen bei allen Lösungen so weit wie möglich minimiert und ausgeglichen werden.

Mit den Inhalten einer Resolution der Grünen, die seit einiger Zeit landesweit in die Parlamente eingebracht wird, erklärten sich die BIs einverstanden, sagte Eberle. Darin wird die DB aufgefordert, bei den laufenden Feinplanungen

für die Y-Trasse auch den alternativen Ausbau bestehender Strecken planerisch so detailliert zu untersuchen, dass ein sachgerechter Variantenvergleich möglich wird. Bürger und die kommunalen Gebietskörperschaften sollten im Dialog auf Augenhöhe frühzeitig und vollständig informiert werden.

Im Wedemärker Rat soll die Resolution demnächst auf die Tagesordnung kommen. Die Burgwedeler Ratspolitiker hat das Papier noch nicht erreicht. Im Burgdorfer Rat wurde die Resolution am 18. Oktober einstimmig beschlossen – wie zuvor in Walsrode, im Kreistag Heidekreis und in Celle.